



**SEEHEIMER KREIS**

# **Nach der Krise**

**Handlungsbedarf in  
Deutschland und Europa**



April 2020



## Nach der Krise

### Handlungsbedarf in Deutschland und Europa

„Eine bisher nicht identifizierte Lungenkrankheit ist in der zentralchinesischen Metropole Wuhan ausgebrochen“. Eine schlichte Meldung, die am 4. Januar 2020 in der Samstagsausgabe der Süddeutschen Zeitung kurz und knapp zu lesen war. **Niemand konnte ahnen, dass sich diese Epidemie schnell zu einer Pandemie entwickelte - und somit uns alle in noch nie erlebter Weise nach dem Zweiten Weltkrieg trifft.**

Weltweit sind viele Menschen an den Auswirkungen der Coronavirus-Erkrankung gestorben. Zur Eindämmung der Infektionszahlen und damit zur Rettung von Menschenleben, zur Entlastung der Krankenhäuser und zum Zeitgewinn für die Forschung erließen fast überall auf der Welt Regierungen massive Einschränkungen des öffentlichen und des privaten Lebens. Dies hat schwerwiegende Konsequenzen für viele Bürgerinnen und Bürger, für die arbeitende Bevölkerung, Betriebe und Unternehmen weltweit. Auch bei uns in Deutschland.

**Für uns als Seeheimer Kreis gilt: Wir lassen niemanden im Stich!** Bundeskanzler Schröder sagte einmal: „Wenn Krise ist, muss man Krise managen.“ Die sehr gute Wirtschaftslage, die geringen Arbeitslosenzahlen und die solide Haushaltspolitik der letzten Jahre hatten spürbar positive Folgen auf die Kassenlage bei den Sozialversicherungen und den gesamten Staatshaushalt. **Nun kann der Bund Beachtliches stemmen, um die Auswirkungen der Pandemie für unsere Bevölkerung und Wirtschaft abzufedern.**

Die Große Koalition mit unseren sozialdemokratischen Bundesministern, insbesondere Olaf Scholz, Franziska Giffey und Hubertus Heil, hat in kürzester Zeit ein billionenschweres Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, um Kurzarbeit für die Beschäftigten zu ermöglichen, Familien zu stützen und Unternehmen Sofortzahlungen oder Kredite zu gewährleisten. **All diese Maßnahmen dienen dazu, die Arbeitsplätze für die arbeitende Bevölkerung in diesem Land zu erhalten, die soziale Infrastruktur zu stärken und über die Krise zu retten.** Es ist gut, dass die SPD gerade mit in Regierungsverantwortung ist und schnell, entschlossen und besonnen handelt! **So geht gutes Regieren!**

Wir sollten Krisen immer auch als Gelegenheiten begreifen, alte Zöpfe zu überdenken und sich weiterzuentwickeln – vielleicht auch schneller als andere, die zumindest im Moment vor allem die Schuld an der dramatischen Entwicklung in ihren Ländern täglich bei anderen suchen. **Weiterentwickeln wollen wir uns nicht alleine, sondern mit unseren europäischen Partnern!**

Wir leben in Zeiten immer größerer und schnellerer Globalisierung. Das Weltwirtschaftswachstum der vergangenen Jahre sowie die persönliche Reisefreiheit und grenzüberschreitende Kommunikation eines Jeden von uns haben dies deutlich gemacht. Unsere richtige Antwort darauf waren eine stärkere und größere Europäische Union sowie faire Freihandelsabkommen. Ein weltweites Zusammenwachsen zieht aber auch die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen, insbesondere auch für unsere EU, nach sich. Die aktuelle Pandemie führt uns dies deutlich vor Augen. Umso wichtiger ist es nun, alle Kraft darauf zu verwenden, dass **unsere EU deutlich stärker und handlungsfähiger aus der Krise hervorgeht.** Die Eindämmung und die Auswirkungen des Virus in Europa kriegen wir **nur gemeinsam und solidarisch gemeistert.**

Mit „Stay at home“ – Buttons machen sich Menschen in den sozialen Medien gegenseitig Mut, solidarisieren sich und stehen allabendlich auf ihren Balkonen oder an den Fenstern und applaudieren denjenigen, die sprichwörtlich diesen Laden am Laufen halten. Während der Krise fällt uns mehr denn je auf, wie stark wir auf diese Menschen angewiesen sind. **Nach der Krise muss uns klar sein, was unserer Gesellschaft diese Menschen wert sind und wie wir ihre Arbeitsbedingungen spürbar verbessern können.**

Gerade jetzt muss über die Zeit nach den pandemiebedingten Beschränkungen nachgedacht werden. Wie diese konkret für Gesellschaft und Wirtschaft aussehen wird, kann derzeit noch keiner wissen.

**Dennoch möchten wir als Seeheimer Kreis skizzieren, wo wir aus unserer Sicht, neben aktuell notwendigen politischen Entscheidungen, konkreten Handlungsbedarf in den nächsten Wochen und Monaten sehen:**

### Handlungsbedarf in der EU

**1. Gesundheitliche Versorgung ist ein wesentlicher Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.** Um Kosten zu sparen wurden ganze Produktionszweige nach Asien verlegt. Europa darf sich zukünftig nicht mehr davon abhängig machen lassen. **Globalisierung ja, aber nicht um jeden Preis.** Die Eigenversorgungsquote muss künftig generell, aber auch im Gesundheitsbereich mehr in den Fokus rücken und sollte auf die Bedürfnisse der Europäischen Union ausgerichtet sein. Die Geiz-ist-geil-Mentalität im Gesundheitsbereich muss vorbei sein! **Mittelfristig**



wollen wir erreichen, dass die **Produktion von wichtigen Arzneimitteln und medizinischer Schutzkleidung für den europäischen Bedarf zum großen Teil in der EU nach europäischen Richtlinien stattfindet**. Zudem müssen schnell europaweit einheitliche Richtlinien erlassen werden, die eine **strengere Krankenhaushygiene und Strategien gegen Antibiotikaresistenzen (Krankenhauskeime)** regeln. Des Weiteren wollen wir die **Führungsrolle Europas bei der Impfstofforschung und -produktion erhalten und ausbauen**.

**2.** Bei Ausbruch einer Epidemie muss die EU in den Krisenmodus übergehen. **Die EU-Kommission muss hierzu mit dem Europäischen Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) europaweit in Abstimmung mit den EU-Mitgliedsstaaten die Koordinierung übernehmen**.

Der bereits existierende **Europäische Katastrophenschutz-Pool (ECCP) muss ausgebaut und gestärkt werden**, damit durch regelmäßige Planspiele und Katastrophenübungen zuständiges Personal noch besser vorbereitet und europaweit flexibel eingesetzt werden kann. Krisenpläne müssen ständig auf den Prüfstand gestellt und angepasst werden. Bei Ausbruch einer Epidemie müssen an Flughäfen und gegebenenfalls Bahnhöfen unverzüglich stärkere Kontrollen bei Reisenden aus betroffenen Gebieten stattfinden und bei Krankheitsfällen sofortige Quarantäne-Maßnahmen angewandt werden.

**3.** Als bald nach der Corona-Pandemie müssen wir einen **Neustart in der europaweiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit** wagen. Dafür braucht es ein starkes europäisches Wiederaufbauprogramm, das auf dem **Europäischen Grünen Deal mit einem klaren sozialdemokratischen Profil** aufbaut und milliardenschwere Investitionen anstößt. Auch der neue Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) muss auf den gemeinsamen Wiederaufbau Europas ausgerichtet sein. Deutschland muss nun umso mehr einen starken finanziellen Beitrag zum neuen EU-Haushalt beisteuern.

**Das europäische Wiederaufbauprogramm muss Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zusammendenken**. Dies bietet die große Chance, die **europäische Wirtschaft allumfassend anzukurbeln, Technologie und Fortschritt voranzubringen** und somit **neue Arbeitsplätze für die krisengeschüttelte EU** zu schaffen. Dazu gehört insbesondere die **Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien mit verbindlichen Ausbauzielen und Einbindung der Menschen vor Ort als Prosumer, das Vorantreiben gemeinsamer europäischer Infrastruktur- und Industrieprojekte**, insbesondere in der Gesundheits-, Chemie-, Stahl-, Metall- und Verkehrsindustrie, aber auch bei **gemeinsamen Forschungsprojekten**, wie die **künstliche Intelligenz** und der **Speichertechnologien** (wie z.B. der Wasserstofftechnologie).

Zugleich braucht es die Unterstützung des gegenwärtig stark betroffenen, aber für viele EU-Länder essentiellen **Tourismussektors** mit der **Aufwertung der European Travel Commission** hin zu einer Koordinatorin gemeinsamer europäischer Tourismuspolitik und einer eigenständigen Haushaltslinie im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU. Eine europäische Tourismusstrategie sollte auf Synergien setzen statt auf Wettbewerb. **Geförderte touristische Infrastruktur muss zusammengedacht werden statt miteinander zu konkurrieren**. So könnten beispielsweise Regionen gemeinsam werben und sollten sich bestenfalls künftig ergänzen, also Urlaub an den deutschen Küsten im Sommer und österreichische Alpen im Winter.

Für unsere Landwirtinnen und Landwirte, die unsere Versorgung in Krisenzeiten gewährleisten, müssen wir Zukunftsperspektiven aufzeigen. Daher müssen wir **auf EU-Ebene eine Debatte über eine nachhaltige und in die Zukunft gerichtete Reform der Agrarpolitik** führen.

**4.** Die wochenlangen Quarantänemaßnahmen während der Corona-Pandemie werden viele EU-Mitgliedsstaaten wirtschaftlich und haushalterisch zurückwerfen. **Ohne europäische Solidarität werden diese Staaten die Folgen der Pandemie nicht schnell genug bewältigen können**. Auf diese Krise brauchen wir eine gemeinsame starke europäische Antwort! **Wichtig ist jetzt, vor allem jene Instrumente der solidarischen Krisenbewältigung mutig und umfassend zu nutzen, die praktikabel und schnell anwendbar sind**. Das betrifft den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), dessen Hilfen in dieser beispiellosen Krise ohne harte Sparauflagen gewährt werden müssen. Das betrifft ebenso Kreditgarantien der Europäischen Investitionsbank (EIB).

Hinzu kommt das von der EU-Kommission vorgeschlagene europäische Programm SURE zur Unterstützung nationaler Kurzarbeitergeldprogramme. Dies geht auf eine sozialdemokratische Idee zurück, die in Form einer Arbeitslosenrückversicherung zuletzt von Finanzminister Scholz in die europäische Debatte eingebracht worden ist. Darüber hinaus gilt es die **Grundzüge für ein künftiges europäisches Wiederaufbauprogramm** zu entwickeln, wobei auch über neue Formen der gemeinsamen Kapitalbeschaffung ernsthaft diskutiert werden muss. Europa muss bereit sein, die Solidarität noch weiter zu verstärken, sollte es die Krise erfordern. Klar ist: Europa kann diese Krise nur gemeinsam gut meistern. **Ein Rückfall in Kleinstaaterei und nationalen Egoismus würde alle europäischen Staaten schmerzlich zurückwerfen und die EU ernsthaft gefährden**. Nur gemeinsam können wir Freiheit und Wohlstand in Europa erhalten.

Zugleich ist es solidarisch, bereits gegebene Zusagen einzuhalten. Dazu gehört auch die **Aufnahme von einer nennenswerten Anzahl von minderjährigen, un-**



**begleiteten Geflüchteten aus den Camps auf den griechischen Inseln. Deutschland muss hierzu alsbald sein Versprechen einlösen.**

5. Die Regierungen in Polen und Ungarn nutzen die Corona-Krise bewusst aus, um demokratische Strukturen in ihren Ländern immer weiter auszuhebeln. Beide Staaten treten europäische Werte mit den Füßen. Wir haben bereits während des Europawahlkampfes einen solidarischen EU-Haushalt unter dem Motto: „Demokratie first!“ gefordert. **Deswegen rufen wir die EU dazu auf, Ungarn in einem ersten Schritt ab sofort alle EU-Gelder zu streichen.** Zugleich soll die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament die Fidesz-Partei unverzüglich ausschließen. Zugleich muss **Polen die verfassungswidrige Änderung ihres Wahlrechts sofort zurücknehmen und zu Rechtsstaatlichkeit zurückkehren.**

## Handlungsbedarf in Deutschland

6. Entgegen der Bertelsmann-Studie von 2019 sind wir der Auffassung, dass wir **die flächendeckende Versorgung durch die derzeitige Anzahl von Krankenhäusern in Deutschland erhalten** müssen. Vor allem muss die **Grund- und Regelversorgung in ländlichen Räumen** sichergestellt sein. Die personelle und medizinische Ausstattung gehört jedoch verbessert, dies ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb müssen dem **Gesundheits- und Pflegebereich mehr Finanzmittel, die zielgenau und effizient eingesetzt werden, zur Verfügung gestellt werden**, u.a. durch die Erhöhung des gesetzlichen Pflegebeitrages. Die Krankenhäuser müssen ihre Angebote besser aufeinander abstimmen und vermeiden, dass es regionale Überangebote gibt bei gleichzeitiger Unterversorgung in anderen Bereichen. Und wir müssen **weg von der Denke, dass Krankenhäuser profitorientiert aufgestellt sein müssen.**

7. Die vielen Beschäftigten in den Gesundheitsberufen, im Supermarkt, beim Reinigungsdienst oder im öffentlichen Nahverkehr sind vielerorts schlecht bezahlt und wenig angesehen. **Wir fordern eine breite tarifvertragliche Absicherung und damit einhergehend höhere Entlohnungen. Tariflöhne in allen Bereichen müssen zukünftig wieder verbindlicher werden.** Für diejenigen ohne tarifvertragliche Absicherung braucht es im ersten Schritt einen **höheren gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 12 Euro die Stunde.**

Wir unterstützen den **Vorschlag von Olaf Scholz ausdrücklich, wonach Sondervergütungen für Angestellte, die derzeit rund um die Uhr zur Versorgung der Gesamtbevölkerung beitragen, bis 1.500 Euro steuerfrei gestellt** werden. Erfreulicherweise haben sich ver.di und die Bundesvereinigung der Arbeitgeber in der

Pflegebranche nun auf diese Sonderprämie geeinigt. Wir freuen uns, wenn andere Branchen alsbald nachziehen und auch ihren Angestellten diese zukommen lassen. Wir werden den Druck aufrechterhalten.

**In der Pflege und im Gesundheitsbereich brauchen wir endlich eine deutliche Aufwertung des Berufsstandes, mehr Personal, gute Löhne und mehr Qualität.** Darin zu investieren, ist die beste Demographievorsorge.

Auch fordern wir, dass das **Kurzarbeitergeld über das bisherige Niveau von 60 bzw. 67 Prozent des Netto-Einkommens deutlich angehoben** wird, damit gerade bei Beschäftigten mit geringem Einkommen der Lebensunterhalt auch in der Krise gesichert ist.

An dieser Stelle möchten wir die Forderung des Kulturrates unterstützen, einen **Notfallfonds für unsere Kunst- und Kulturschaffenden** bei der Staatsministerin für Kultur aufzulegen, um unsere kulturelle Vielfalt auch nach der Krise zu erhalten.

Zugleich **fordern wir die Banken auf, keine Dispozinsen bis Jahresende zu verlangen.** Bei den derzeitigen Kreditvergaben, von denen die KfW-Bank größtenteils 90% des Kreditrisikos übernimmt, erwarten wir **schnell und zuverlässig zinsgünstige Angebote für die Betroffenen.** Bestehende Engpässe bei den bewilligenden Einrichtungen sollten kurzfristig mit Personal aus den Banken aufgefüllt werden können, das sich derzeit in Kurzarbeit (z.B. wegen notwendiger temporärer Filialschließungen) befindet. Wir wissen, dass wir damit von vielen Banken in unserem Land viel verlangen. Aber: Der Steuerzahler hat bei der Finanzkrise 2008/2009 ebenso viel für die Banken auf sich genommen. Es soll und darf jetzt keine Vertrauenskrise entstehen!

8. Wir fordern ein **nationales Konjunkturprogramm für unser Handwerk, unseren Mittelstand und unsere Industrie**, um diese nach der Pandemie zu stützen und längerfristige Perspektiven aufzuzeigen. Für uns als Seeheimer Kreis in der SPD-Bundestagsfraktion ist der Erhalt der industriellen Wertschöpfung essentiell. Zusätzliche Investitionen in die Forschung sollen dabei unterstützend wirken. Der **Ausbau der Windkraft und Photovoltaik darf nicht länger blockiert werden, sondern wir brauchen jetzt schnell verbindliche Ausbauziele.** Unsere heimische Industrie braucht baldige Planungssicherheit, um durchstarten zu können.

Um die Regelungen aus dem Klimaschutzpaket einzuhalten, sollen für **stromintensive Unternehmen die Abgaben auf Strom so früh wie möglich, spätestens ab Anfang nächsten Jahres, zeitlich befristet angemessen gesenkt** werden. Zur Stütze unseres Handwerks und Mittelstandes sollen die **Zuschüsse und Steuererleichterungen**



terungen für den Austausch von Ölheizungen oder energetischen Sanierungen aus den Klimapaket erhöht, die Prämie für den Kauf eines E-Autos um 2.000 Euro angehoben und zugleich auf H2-Mobilität ausgeweitet werden. Die entsprechende Ladesäuleninfrastruktur und Wasserstofftankstellen müssen ausgebaut werden. Der absetzbare Höchstbetrag für Handwerksleistungen soll zeitlich befristet erst einmal für dieses Jahr verdoppelt werden.

Weiterhin wollen wir in Nachhaltigkeit und Digitalisierung kräftig investieren. Nur so ist auch ein flächendeckendes Home-Office möglich. Dies umfasst **schnelle und digitale Verbindungen im Verkehrsbereich und den Breitbandausbau und Investitionen in umfassende öffentliche Gebäudesanierungen im energetischen Bereich, insbesondere bei Schulen und Universitäten**. Bereits genehmigte und finanzierte Bauvorhaben sollen hier prioritär behandelt werden. Das kürzlich eröffnete nationale Zentrum für die Digitalisierung des Bauwesens soll hierzu fest eingebunden werden. Mit dem bereits in Kraft getretenen Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz ist dazu bereits ein erster wichtiger Schritt getan, um Genehmigungs- und Planungsverfahren deutlich zu beschleunigen. **Auch Vergabeverfahren müssen vereinfacht und unnötige Bürokratie vermieden werden**. Weitere Schritte dahingehend müssen alsbald folgen, damit die Maßnahmen zügig greifen.

**9.** Die **Lehre an Schulen und Berufsschulen muss zukünftig deutlich digitaler** werden. Im Digitalpakt Schule sind dazu bereits deutliche Finanzmittel bereitgestellt worden. Diese Mittel sollen für die Bereitstellung von digitalen Lerninfrastrukturen und Lerninhalten verstetigt werden.

Auch an unseren Universitäten mangelt es flächendeckend an entsprechender Ausstattung, so dass digitale Vorlesungen und E-Klausuren nicht allerorts angeboten werden können. Hier fordern wir schnellstmöglich einen **Masterplan „Universities go digital!“ mit einem breit aufgestellten Finanzierungskonzept von Bund und Ländern**.

Die **öffentliche Verwaltung muss endlich konsequent digitalisiert** werden. Dass das im Grundsatz geht, zeigen uns andere Länder schon seit einigen Jahren. Nach der Krise sollten Bund, Länder und Kommunen kritisch betrachten, welche Behördengänge wirklich noch persönlich stattfinden müssen und in welchen Bereichen Verwaltungshandeln digital unterstützt werden kann.

Das gilt gleichfalls auch für die Arbeit des Bundestages, der Länderparlamente und der kommunalen Räte. **Mit Digitalisierung kann Zugang zur Mitbestimmung gesichert werden** und es besteht keine Notwendigkeit über z.B. Notparlamente zu fabulieren.

**10.** An der **Einführung der Grundrente zum 01. Januar 2021 halten wir fest**. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer mit weiteren EU-Mitgliedsstaaten zur Finanzierung soll dazu baldmöglichst verabschiedet werden. Wir fordern zudem, dass die bereits beschlossene **Soli-Entlastung auf Juli dieses Jahres vorgezogen** wird.

Ebenso wollen wir unseren Vorschlag aus unserem Steuerpapier nach einer **echten, progressiven Steuerreform zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen aufgreifen und endlich umsetzen und nicht nur Bierdeckel-Diskussionen über mögliche Entlastungen von Spitzeneinkommen führen**. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42 Prozent anpassen, der erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 90.000 Euro jährlich greifen soll. Zudem soll dieser ab einem Einkommen von 125.000 Euro auf 45 Prozent steigen. Auf Spitzensteuereinkommen oberhalb von 250.000 Euro wollen wir den Steuersatz auf 49 Prozent anheben. **So können wir einerseits die Konsumbereitschaft in der Bevölkerung ankurbeln, andererseits hohe Einkommen zur Bewältigung der Kosten solidarisch heranziehen**.

Für unsere Kommunen in Deutschland bringt die Corona-Pandemie neue Bürden mit sich: Gewerbesteuerereinnahmen brechen weg, Arbeitslosenzahlen werden steigen und Kaufkraft geht verloren. Damit die Pandemie strukturschwache Regionen in Ost und West nicht weiter beschränkt und damit die Ungleichheiten in Deutschland noch weiter verstärkt, soll als erste Maßnahme der **Alt-schuldenfonds für hoch verschuldete Kommunen in den nächsten Wochen zügig umgesetzt** werden. Weiterhin soll auch zeitnah ein Beschluss zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der neuen Bundesländer gefasst werden. Damit könnten unsere Kommunen nach Überwindung der Krise Wirtschaftskraft ankurbeln.



## „In der Krise beweist sich der Charakter.“

Wir müssen aus dieser Krise lernen. Wir müssen Instrumente entwickeln, um besser auf etwaige Situationen vorbereitet zu sein. Wir müssen nicht nur in unserem Gesundheitsbereich, sondern auch in unserer Wirtschaft und Gesellschaft Resilienz entwickeln, um widerstandsfähiger für Kommendes zu werden. **Nicht einfach so weitermachen, sondern gemeinsam Schlüsse ziehen.**

Wir müssen auch unsere Lehren aus der Bewältigung dieser Krise ziehen, was den Föderalismus angeht. Viele Menschen verstehen zum Beispiel nicht, dass die Entscheidung über die Öffnung der Baumärkte in Bremen anders geregelt werden kann, als in Niedersachsen. **Genauso, wie wir ein einheitliches Vorgehen der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union fordern, genauso braucht es in Deutschland ein einheitlicheres Vorgehen unter den Bundesländern in einem zu definierenden Krisenmodus.**

**In der EU müssen alle Mitgliedsstaaten nun beweisen, dass wir tatsächlich eine Schicksalsgemeinschaft sind und diese Krise das europäische Projekt nicht auseinanderreißt. Dass wir in Deutschland zukünftig wieder auf die Beine kommen, hängt auch sehr davon ab, ob sich die EU im internationalen Wettbewerb nach der Krise beweisen wird.**

**Die „Scholz’sche Bazooka“ muss weiter geladen bleiben, um unsere Wirtschaft zu unterstützen, so viele Arbeitsplätze wie möglich zu erhalten, Sozialleistungen zu gewährleisten und hierbei auch die sozialen Einrichtungen in den Blick zu nehmen.** Uns ist bewusst, dass dies weitere Milliardenausgaben für den Bund bedeuten, auch wenn noch nicht klar ist, ob die bisher bereitgestellten Finanzmittel komplett aufgebraucht oder ausreichen werden. Auch im Hinblick auf die Tatsache, dass es dem Bund gelungen war, die zusätzlichen Schulden aus der damaligen Finanzkrise innerhalb von nur sieben Jahren abzuführen, sind wir uns sicher: Mit vereinten Kräften wird dies auch ein weiteres Mal gelingen.

**Wir Seeheimer in der SPD-Bundestagsfraktion sind bereit, die Herausforderungen zu meistern und unseren Beitrag zu leisten, damit Deutschland sich aus dieser Krise heraus weiterentwickelt!**

### SEEHEIMER KREIS in der SPD-Bundestagsfraktion

c/o Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 227-70035  
Fax: 030 227-70043  
E-Mail: [seeheimer.kreis@bundestag.de](mailto:seeheimer.kreis@bundestag.de)  
[www.seeheimer-kreis.de](http://www.seeheimer-kreis.de)  
[www.facebook.com/Seeheimer.Kreis](https://www.facebook.com/Seeheimer.Kreis)  
Twitter: @seeheimer  
Instagram: seeheimerkreis